

# LINKEZEITEN

Ausgabe # 7: Juni 2008 Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.**  
Kreisverband Köln

## Wie kommt DIE LINKE. Köln zu ihrem Kommunalwahlprogramm?

Von Hans Günter Bell, Sprecher der LINKEN Köln

Der Wohnort ist – neben dem Betrieb – der Ort, an dem die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems unmittelbar sichtbar und erfahrbar werden. So bietet das Engagement auf kommunaler Ebene auch für DIE LINKE Möglichkeiten, durch Aufklärung, konkrete Forderungen und politische Mobilisierung und Protest an der Politisierung und Aktivierung der Bevölkerung mitzuwirken sowie die Lebensverhältnisse der ArbeitnehmerInnen, der BezieherInnen von ALG II und anderen Transferleistungen und ihrer Familien tatsächlich zu verbessern.

Auch wegen dieser strategischen Bedeutung ist die kommunale Politik nicht allein Sache der Fraktionen und MandatsträgerInnen im Rat und in den Bezirksvertretungen, sondern auch des Kreisverbandes. Die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms der LINKEN Köln ist originäre Aufgabe der Partei – wenn auch in enger Kooperation mit unseren kommunalen MandatsträgerInnen.

Zu unserem Selbstverständnis gehört es auch, dass wir ein solches Programm in Zusammenarbeit mit Initiativen, Vereinen und Verbänden sowie interessierten Einzelpersonen, die nicht Mitglieder unserer Partei sind, erarbeiten wollen. Wir legen daher Wert auf einen offenen und transparenten Prozess.

### Unser inhaltliches Profil schärfen

Die Schwerpunkte unseres Kommunalwahlprogramms wollen wir uns gemeinsam erarbeiten. Der Antrag des Vorstandes schlägt hierfür ein formales Gerüst vor, lässt aber alle Einzelheiten offen, um unserer Diskussion in den folgenden Monaten nicht vorzugreifen.

Fortsetzung von „Wie kommt DIE LINKE ...“ auf Seite 2!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur nächsten

## Kreismitgliederversammlung

am Dienstag, 03. Juni 2008, 19:00 Uhr,  
Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln,  
Köln-Südstadt, KVB-Haltestelle „Chlodwigplatz“.

Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Begrüßung, Wahl einer Versammlungsleitung
2. Beschlussfassung über die Tages- und Geschäftsordnung, Wahl einer Mandatsprüfungskommission
3. Politischer Bericht unserer Bundesparteitagsdelegierten über den Bundesparteitag der LINKEN (am 24./25.05. in Cottbus)
4. Kritik der schwarz-gelben Landespolitik und Alternativen der LINKEN, Referent: Wolfgang Zimmermann, Sprecher DIE LINKE. NRW
5. Zwischenbilanz der Projektgruppe „Mitgliederwerbung“
6. Antrag des Kreisvorstandes zum Kommunalwahlprogramm
7. Weitere Anträge
8. Verschiedenes, Terminankündigungen

Mit solidarischen Grüßen, für den Kreisvorstand  
Hans Günter Bell (Sprecher), Claudia Borchard (Sprecherin)

### Impressum

Hg.: DIE LINKE. im Kreisverband Köln.

Redaktion: K. Bozay, D. Hornung, J. Jikeli, A. Kostolnik, A. Link-Wilden, M. Nees, A. Recht, M. Zorn.

Layout: A. Recht; Auflage: 670 Exemplare.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell und Claudia Borchard, c/o DIE LINKE. im Kreisverband Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln.

Aus meiner Sicht sollten wir diese Schwerpunkte aus drei Blickwinkeln gewinnen:

- Wir stellen bestimmte Themen in den Vordergrund,
- wir greifen bestimmte Räume in der Stadt besonders heraus und
- wir betonen unsere Unterstützung der Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen.

### Die Themen

Es ist folgerichtig, dass die Themen unserer Projekte wichtige Bezugspunkte zur inhaltlichen Profilierung der LINKEN Köln sind:

- Wir wollen die *öffentliche Daseinsvorsorge* sichern und ausbauen. Deshalb wollen wir weitere Privatisierungen verhindern, streben in Einzelfällen eine Rekommunalisierung an – z.B. bei der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Wohnungsbau (GAG) – und werben für ein kommunales Zukunftsinvestitionsprogramm, um den baulichen Zustand des öffentlichen Eigentums zu verbessern.
- Köln ist eine *interkulturelle Stadt*, die hier lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge aus vielen Ländern prägen unsere Stadt. Ihnen werden jedoch Rechte vorenthalten, ihre Lebenslage ist in vielfacher Hinsicht schlechter als die der deutschstämmigen KölnerInnen. Damit finden wir uns nicht ab, wir wollen ein Köln für alle – unabhängig von ihrer Nationalität, Ethnie oder Religion.

Natürlich erbringen auch unsere Arbeitskreise wichtige Beiträge für unser Kommunalwahlprogramm:

- ⇒ Soziales und Hartz IV
  - ⇒ Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr
  - ⇒ Bildung und Weiterbildung
  - ⇒ Kunst / Kultur / Medien
- Zentral sind zudem die Themen:
- ⇒ Wirtschaft und Arbeitsmarkt
  - ⇒ Kommunale Demokratie: gegen Klüngel und Korruption; demokratische Rechte verteidigen

### Die Räume

Hervorheben möchte ich den Vorschlag, besonders die von der

Stadtverwaltung so genannten „*Stadtteile mit besonderem Hilfebedarf*“ in den Blick zu nehmen. Gemeint sind diejenigen Stadtteile, deren BewohnerInnen wegen ihrer Arbeitslosigkeit und Armut besondere Unterstützung brauchen, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben zu ermöglichen und ihre materielle Lage zu verbessern. Wir sollten uns also besonders Stadtteilen wie Chorweiler, Kalk oder Vingst annehmen.

Mir ist klar, dass wir unsere Arbeit nicht auf diese Stadtteile beschränken dürfen, denn unsere WählerInnen wohnen in großer Zahl auch in der südlichen Neustadt, in Nippes oder Sülz – also in Stadtteilen, die wahrlich keine sozialen Brennpunkte sind. Wir tun aber gut daran, die städtischen Mittel und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht wie mit der Gießkanne gleichmäßig über das gesamte Stadtgebiet verteilen zu wollen, sondern die Hilfe und das Engagement räumlich dort zu konzentrieren, wo die Probleme am drängendsten sind.

### Die Gruppen

Im Mittelpunkt der Programmatik einer Partei, die von sich sagt, Ausgangspunkt ihrer Politik seien die „*gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitender*“ (Programmatische Eckpunkte), stehen naturgemäß

deren Interessen, die wir an der Seite der Gewerkschaften gemeinsam mit deren Mitgliedern vertreten.

Darüber hinaus müssen wir die erste Adresse für alle Menschen sein, die sich benachteiligt fühlen – sei es aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Nationalität, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder einer Beeinträchtigung. Mit großem Einsatz gegen jede Form der Diskriminierung zu streiten, das sollte Teil des politischen Profils unserer Partei sein.

Die Partei darf sich mit dem Hinweis auf die selbständigen Gruppen der Frauen (LISA) und der Jugend (linksjugend solid) bzw. Studierenden (DIE LINKE. SDS) bei diesen Diskussionen nicht zurücklehnen. Ich gehe zwar davon aus, dass diese Gruppen ihre thematischen Beiträge leisten werden, dennoch sollten wir uns auch als Kreisverband als Ganzes dieser Themen annehmen.

### Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik

Voraussetzung für ein der Wirklichkeit angemessenes Programm ist es, sich auch der Grenzen der kommunalen Politik bewusst zu sein. Solange ein bundespolitischer Politikwechsel nicht wenigstens eingeleitet worden ist, bestehen in den

*DIE LINKE. Köln am 01. Mai 2008 auf dem Heumarkt: aktiv und einsatzfreudig beim Werben für LINKE Positionen*



Kommunen keine ausreichenden Voraussetzungen, mit linker Kommunalpolitik substanzielle Verbesserungen zu erreichen. Denn aus den Zwängen der Gesamtgesellschaft können sich die Kommunen allein nicht lösen. Auch konsequent linke Kommunalpolitik kann keine antikapitalistischen Inseln schaffen. Verlieren wir diese Zwänge aus dem Auge, werden wir scheitern.

Um keine falschen Erwartungen zu wecken, müssen wir den BürgerInnen sagen, wo die Grenzen unserer kommunalen Möglichkeiten liegen. Diese Grenzen werden gezogen durch die Lage der Kommunalfinanzen, das Privateigentum an Grund und Boden, eine Gemeindeordnung und Verwaltungsstrukturen, die kommunales Handeln einschränken, und ein Verhältnis zwischen Köln und den Umlandgemeinden, das mehr durch Konkurrenz als durch Kooperation gekennzeichnet ist.

#### Zeitplanung

Zum Antrag des Vorstandes gehört auch eine Zeitleiste, in der vorgeschlagen wird:

– im Juni 2008 einen Workshop durchzuführen, auf dem u.a. über die Beiträge der Ortsverbände zum Kommunalwahlprogramm und die Notwendigkeit, auch stadtbezirksbezogene Forderungen aufzustellen, diskutiert werden soll;

– im September 2008 auf einer Infoveranstaltung über alle Fragen zu diskutieren, die mit den Personalentscheidungen zusammenhängen (Ratsmitglieder, BezirksvertreterInnen, eigene/-r OberbürgermeisterkandidatIn);

– im Oktober 2008 die linke Öffentlichkeit Kölns zu einer Tagung zu Eckpunkten des Kommunalwahlprogramms der LINKEN Köln einzuladen, um ihre Anregungen und Kritikpunkte anschließend im weiteren parteiinternen Diskussions- und Entscheidungsprozess berücksichtigen zu können;



*Profilschärfung und Konzentration auf Themen, Räume und Zielgruppen als Basis für ein gutes Kommunalwahlprogramm*

– im Januar 2009 das Kommunalwahlprogramm auf einer Mitgliederversammlung der LINKEN Köln zu beschließen.

Ob diese Vorschläge zur Gliederung und zum Ablauf der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms der LINKEN Köln euren Vorstellungen entsprechen, werden wir auf der Mitgliederversammlung am 03. Juni gemeinsam diskutieren können.

## Antrag an die MV am 03.06.2008: Projekt „Kommunalwahlprogramm“

*Antragsteller: Kreisvorstand*

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die Mitgliederversammlung nimmt die beiliegende Zeitleiste für die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms und die Aufstellung der Kommunalwahlkandidaten/-innen (*siehe Seite 4*) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt Vorstand und Projektleitung, auf dieser Grundlage zu arbeiten.

2. Die Mitgliederversammlung nimmt die Gliederung des Kommunalwahlprogramms (*siehe Seite 5*) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Projektgruppe, auf dieser Grundlage Arbeitsgruppen einzurichten, deren Aufgabe darin besteht:

- a. Kontakt mit Gruppen und Einzelpersonen aufzunehmen, die sich an der Erarbeitung der jeweiligen Kapitel beteiligen wollen;
- b. bis zur öffentlichen Tagung im Oktober 2008 für die jeweiligen Kapitel Eckpunkte zu erarbeiten und diese auf dieser Tagung zur Diskussion zu stellen;
- c. die Anregungen, die von den Teilnehmern/-innen dieser Tagung gemacht werden, in der Ausarbeitung der jeweiligen Kapitel zu berücksichtigen;
- d. der Projektgruppe vor Beginn der Weihnachtspause 2008 einen beschlussfähigen Text für

das jeweilige Kapitel des Kommunalwahlprogramms vorzulegen.

3. Die Mitgliederversammlung bittet alle sechs Ortsverbände, sich an der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms aktiv zu beteiligen und dieses durch Forderungen zu ergänzen, die sich auf die spezifische Situation in den neun Stadtbezirken beziehen.

4. Die Frage, ob DIE LINKE. Köln eineN eigeneN OB-Kandidaten/-in aufstellen wird, soll nach einem intensiven und transparenten Diskussionsprozess von einer Mitgliederversammlung entschieden werden.

# Zeitleiste

## Zeitleiste

### Kommunalwahlprogramm / KandidatInnenaufstellung

<b>22. April 2008</b>	<b>Kreisvorstand: Antrag zur Gliederung und zur Zeitleiste</b>
<b>3. Juni 2008</b>	<b>MV: Beschluss der Gliederung und der Zeitleiste</b>
<b>21. Juni 2008</b>	<b>Workshop</b>
22. Juni 2008	Sommerferien
8. August 2008	
<b>23. August 2008</b>	<b>JHV: Neuwahl des Kreisvorstandes</b>
30. August 2008	Landeskonferenz der LINKEN. NRW zu den kommunalpolitischen Grundsätzen
<b>2. September 2008</b>	<b>Infoveranstaltung zu den kommunalen Personalien</b>
27. September 2008	Herbstferien
12. Oktober 2008	
18./19. Oktober 2008	Landesparteitag der LINKEN. NRW; u.a. Beschluss der kommunalpolitischen Grundsätze
25./26. Oktober 2008	Stadtumbaukonferenz der LINKEN. Bundestagsfraktion (im Ruhrgebiet)
<b>im Oktober 2008</b>	<b>öffentliche Tagung zu Eckpunkten des Kommunalwahlprogramm der LINKEN. Köln</b>
20. Dezember 2008	Weihnachtsferien
6. Januar 2009	
<b>31. Januar 2009</b>	<b>MV: Beschluss des Kommunalwahlprogramms</b>
<b>14. Februar 2009</b>	<b>Wahlkreis-Konferenz: Aufstellung der Wahlkreis-Kandidaten/-innen und der Reserveliste für den Rat der Stadt Köln</b>
15. Februar 2009	ggfls. Fortsetzung der Wahlkreis-Konferenz
19. Februar 2009	Karnevalspause
24. Februar 2009	
1. April 2009	<u>letzter</u> Abgabetermin der Unterlagen beim Wahlamt
4. April 2009	Osterferien
19. April 2009	
<b>Europa- und Kommunalwahlkampf</b>	
7. Juni 2009	Europa- und Kommunalwahlen

Projektgruppe

# Gliederung

	Thema
1	Vorwort
2	Öffentliche Daseinsvorsorge ( <b>Projekt</b> ) Privatisierungen verhindern / Rekommunalisierung
3	Interkulturelle Stadt, Migranten/-innen, Flüchtlinge ( <b>Projekt</b> )
4	Wirtschaft und Arbeitsmarkt
5	Soziales ( <b>AK Soziales / Hartz IV</b> )
6	Stadtentwicklung
7	Wohnen
8	Verkehr
	} <b>AK Stadtentwicklung</b>
9	Stadtteile mit besonderem Hilfebedarf
10	Umwelt
11	Gesundheit
12	Bildung und Weiterbildung ( <b>AK Bildung und Schule</b> ) Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen [ <b>DIE LINKE. SDS</b> ], VHS
13	Kultur ( <b>AK Kunst / Kultur / Medien</b> )
14	Sport
15	Kommunale Demokratie Gegen Klüngel und Korruption Demokratische Rechte verteidigen
16	Gegen Rechts
17	Frieden
18	Frauen [ <b>LISA</b> ]
19	Kinder und Jugend [Jugend: <b>linksjugend 'solid'</b> ]
20	Menschen mit Behinderungen
21	Schwule und Lesben
22	Senioren/-innen
23	Selbstverständnis linker Kommunalpolitik Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik
24	Kommunalfinanzen
25	Regionalentwicklung; Bodenpreise und Grundrente; Gemeindeordnung und Verwaltungsstrukturreform

# LINKE Kommunalpolitik muss in den Veedeln stattfinden

Von Kemal Bozay und Martin Zorn,  
Beisitzer und Schatzmeister im Kölner Kreisvorstand

Nach dem jüngsten nordrhein-westfälischen Landesparteitratstreffen und den dort ausgetragenen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen um die Haushaltspolitik ist die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung die linke Kommunalpolitik in unserer Arbeit einnimmt. Vor dem Hintergrund der im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen in NRW muss erkannt werden, dass größere Teile der Partei schon in Initiativen, Vereinen, sozialen Einrichtungen und Verbänden aktiv und auch dort kommunalpolitisch verankert sind.

Gerade dieses Engagement ist von herausragender Bedeutung, um die Spiel- und Handlungsräume in den Kommunal- und Bezirksvertretungen für die Verwirklichung einer sozialen, bürgernahen und zukunftsorientierten Politik zu nutzen und weiter zu entwickeln.

Seit Mitte der neunziger Jahre sind die Kommunen vielseitigen Veränderungsprozessen ausgesetzt. Während sie einerseits von allen grundlegenden Entscheidungen auf europäischer, Bundes- und weitgehend auch auf Landesebene faktisch ausgeschlossen sind, dort also nicht mitentscheiden können, müssen sie aber andererseits die Folgen und Probleme der von diesen Ebenen ausgehenden, einer vom Establishment dominierten, unsolidarischen Politik mittragen.

Zudem reicht auch die kommunalpolitische Finanzausstattung längst nicht mehr aus. Die daraus resultierende Spar- und Umverteilungspolitik wirkte damit als soziale Abrissbirne in Kommunen und Gemeinden. Zocken, Verspekulieren und Korumpieren zu Lasten der Menschen mit kleinen Einkommen waren und sind die Folge. Gerade an den Beispielen vieler nordrhein-westfälischer Kommunen wissen

wir, dass die Verschuldung immer mehr zunimmt und auch die Kommunen unter Druck stehen. Dadurch werden sowohl die kommunalpolitischen Handlungsspielräume eingeengt als auch die kommunale Selbstverwaltung im realen Leben weiter ausgehebelt.

Daher muss LINKE Kommunalpolitik auch links an der Seite der Menschen verortet werden, denn die etablierte Politiklandschaft in den Kommunen hat sich schon längst von der Idee „Kommunen für die BürgerInnen“ verabschiedet.

Auch Schwadronereure linker Reformpolitik schwärmen und überhöhen gerne mal die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements und vergessen völlig, dass sich hinter dieser Philosophie der freiwilligen Selbstausschöpfung eben auch nur eine neoliberale Politik verbirgt, die Kommunallasten immer mehr dem Bürger aufwälzen will.

Um es klarzustellen: Kommunen sind unsere Wohn-, Arbeits- und Lebensräume, die wir aktiv mitgestalten möchten. In diesem Sinne sind die Kommunalverwaltungen für uns BürgerInnen da und nicht umgekehrt. Das setzt ohne Wenn und Aber voraus, dass man in kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse aktiv einbezogen wird und das Leitbild der solidarischen Bürgergesellschaft und Bürgerkommune konsequent verteidigt.

## Die Veedel stärken!

Was gerne auch vergessen wird, ist die Tatsache, wo für uns linke Kommunalpolitik anfängt und endet. Gerade hier benötigen wir als Linke einen grundlegenden Umorientierungsprozess. LINKE Kommunalpolitik darf sich nicht allein auf das Rathaus einengen und fokussieren, sondern muss aktiv hinaus in die Veedel und Stadtteile.

Die in den Rathäusern gelebte Logik privilegierter Standortinvestitionspolitik und der von ihr gedrehten großen Räder betrachtet unsere Veedel nur zu gerne abschätzig als „Peripherie“, greift aber dort massiv mit ihrer Rotstiftpolitik in die Lebensumstände ein. Wir müssen darum kämpfen, dass die Stadtbezirke, Stadtteile und Veedel erstmals wieder aktiv in den politischen Prozessen vorkommen und durch die linke Kommunalpolitik eine starke Vertretung vor Ort gewinnen.

Gerade hier muss linke Kommunalpolitik dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit genügen und den Kampf für Chancengleichheit für Benachteiligte – vor allem in den Sozialräumen – führen. Es ist in der Kommunalpolitik besonders darauf zu achten, ob es uns gelingt, den Rahmen vollständig auszuschöpfen und zu zeigen, dass und wie LINKS in den sozial benachteiligten Stadtteilen und Quartieren wirkt bzw. wirken könnte.

So banal es klingen mag, der Einzug in ein Kommunalparlament ist nicht der Beweis der Durchsetzbarkeit lokaler Stadtpolitik, es ist der Arbeitsauftrag, die bisherigen Strukturen zu reflektieren und diese gemäß den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zu verändern. Gerade dort beginnt für uns auch LINKE Kommunalpolitik, nämlich in den Veedeln, Stadtteilen, Sozialräumen und Quartieren im Strukturwandel, die im Alltag vielseitigen sozialen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

## Zur neoliberalen Leuchtturmpolitik

In wahrscheinlich allen Gemeinden haben sich über Jahrzehnte Strukturen wie auch Wertegemeinschaften ihrer Repräsentanten in und um ihre lokalen politischen Apparate etabliert, die von ihrer The-

men- und Deutungshoheit bis hin zur geschäftlichen Ausbeutung ihrer Entscheidungen unbarmherzig Gebrauch machen.

Die Bekenntnisse zur finanziellen Unterstützung lokal agierender Investoren und ihrer erst durch öffentliches Geld veredelten Leuchttürme werden zu Glaubensbekenntnissen, an denen scheinbar keine Wege vorbeiführen. Gleichzeitig spielt die Verelendung vieler Stadtteile, insbesondere derer, die den Strukturwandel nicht gestaltet bekommen, in diesen Überlegungen keine Rolle. Schlimmer noch, das internationale Finanzmonopoly wird vor Ort hemmungslos ausgespielt und das neoliberale Spiel des Ausverkaufs öffentlicher Güter zu Lasten der Bedürftigen und Abhängigen auf die Spitze getrieben.

Die Instrumente der Mitentscheidung und -gestaltung der BürgerInnen sind dabei zunehmend ad absurdum geführt worden. In den privatisierten Ver- und Entscheidungsbetrieben herrschen Gesellschafter, Geschäftsführer und Aufsichtsräte aus den etablierten Parteien und Lobbygruppen wie im Selbstbedienungsladen nach der Logik ihrer eigenen Klientel und lassen sich von ihren „Kunden“ nicht stören.

Um diesem Missstand abzuwehren und Preise und Gebühren für die breite Masse stabil zu halten, ist hier für eine ausreichende Transparenz und Demokratisierung durch uns zu sorgen.

Stadtteilentwicklungen finden schon Jahrzehnten nicht mehr statt. Die Politiker vor Ort in den Bezirksvertretungen haben allenthalben noch das „Recht“, als bezirkssdienliche Mittel Kleinstförderungen auszuschütten, die strukturell leider keinerlei Veränderung bringen, die soziale wie auch ökonomische Spreizung konkret festschreiben und die Gefahr vor Ort schaffen, dass extremistische, faschistische Wählergruppen oder -parteien repräsentabel in Fraktionsstärke in die Rathäuser einziehen.

Was ist stattdessen zu tun?

### **LINKE Leit motive**

Folgende Leit motive sollten Kommunalwahlprogramme der LINKE ausstrahlen: „Der lokale Raum, die Stadt vor Ort muss wieder erleb- und gestaltbar gemacht werden.“

Hierzu gehören neben kommunalpolitischen Fragen der Stadtentwicklung, Bildung, Rekommunalisierung, Daseinsvorsorge, Sozialpolitik, Jugend-, Frauen- und Seniorenpolitik sowie Kultur gerade auch allgemeine und bundespolitische Themen wie die Agenda 2010 und Hartz IV, Massenarbeitslosigkeit, Mindestlohn, Friedenspolitik und Antifaschismus.

Die Willensbildung und die Beteiligung der BürgerInnen daran sind völlig neu auszutarieren. Es gilt das Prinzip, die Belange der Kommunen wieder von den Vierteln aus zu definieren, nicht von den finanzstarken urbanen „Eliten“ und ihren egoistischen Bedürfnissen zu Lasten der Allgemeinheit.

## **Veedel stärken statt Leuchtturmpolitik!**

Die Linke arbeitet längerfristig auf eine Veränderung der Gemeindeordnung (GO NRW) hin, die eine breite Demokratisierung der Stadtbezirke oder besser noch der Stadtteile in der lokalen Politikpraxis zur Folge hat. In der Zwischenzeit sollte sie für die kleinräumige, lokale Ausschüttung der finanziellen Mittel bei den BürgerInnen vor Ort kämpfen und eine breite Mitwirkung dieser zur Befriedigung ihrer legitimen Bedürfnisse und der Erhöhung der Identifikation mit den lokalen politischen Zielen zu erreichen.

Insbesondere soll damit den Stadtvierteln und Sozialräumen geholfen werden, die durch Strukturwandel, Segregation oder Erneuerungsbedarf besonderer Unterstützung bedürfen. Dazu muss

auch eine eindeutige Priorisierung der Förderung von Quartieren und Stadtvierteln im Strukturwandel zulasten der weitgehend unproblematischen Innenstadtkernbereiche und anderer gutbürgerlicher Stadtteile geschaffen werden.

### **Integration neu definieren!**

Nicht zu vergessen ist, dass in den Kommunen auch die Themengebiete „Integration“ und „Interkulturalität“ eine Neudefinition und einen Umdenkungsprozess benötigen. Damit dies gelingen kann, müssen tatsächliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, die MigrantInnen Partizipation ermöglichen. MigrantInnen dürfen nicht zu Objekten kommunalpolitischer Begierden werden, sondern wir müssen vielmehr darum kämpfen, dass sie zu partizipativen Subjekten kommunalpolitischer Prozesse werden, mit denen sie auch tagtäglich konfrontiert sind.

Die Stärke und Dynamik der Migrationsgesellschaft ist eine Bereicherung für die Kommunen, die auch in die kommunalpolitischen Ebenen stärker hineinwirken muss.

### **Für eine andere Praxis der Sparkassen**

Gerade die derzeit durch die Subprime-Krise gebeutelten öffentlichen Geldinstitute haben hier besondere Bedeutung, sollen Segregation und Massenelend der Einwanderer wie auch der Ursprungsgesellschaft überwunden werden.

Haben doch gerade die öffentlichen Institute der Volks-, Kreis- und Sparkassen im Dienste ihrer politischen Herren versucht, die maroden öffentlichen Kassen durch Monopoly-Gewinne füllen zu helfen, gleichzeitig aber den kleinen Handwerkern zunehmend wichtige kleine Kredite verweigert, müssen sie sich wieder auf das besinnen, was ihre Aufgabe ist: diese auch in Zeiten von Basel II mit Fremdkapital zu versorgen, günstige Konten und Leistungen für alle BürgerInnen

*Fortsetzung von „LINKE Kommunalpolitik ...“ auf Seite 8!*

Fortsetzung von „LINKE  
Kommunalpolitik ...“

und insbesondere für Jugendlichen und Menschen mit geringsten Einkünften kostenlose Guthabenkonten zur Verfügung zu stellen.

Auch innovative Anschubfinanzierung und Unterstützung kleinräumiger Modelle von Handwerks- und Dienstleistungszentren auf genossenschaftlicher oder Kooperationsbasis in den Stadtvierteln müssen künftig Vorrang haben vor der derzeitigen Geschäftspolitik der Steigerung von Eigenkapitalrenditen und ihrer spekulativen Geschäftsfelder, die doch nur von uns allen bezahlt werden müssen, wenn die trickreichen Rechnungen mal wieder nicht aufgehen.

Daher sind „Leuchtturmprojekte“ in den einkaufsstarken Innenstadtbereichen zu Lasten der Peripherie der Viertel sowie der sozial ausgegrenzten abzulehnen. Im Gegenteil müssen Geldmittel zur Stadtteilentwicklung in die zuvor beschriebenen Stadtteile umgewidmet werden. In den Stadtteilen leben die Menschen. Diese integrative und identitätsstiftende Kraft der Viertel gilt es zu stärken.

## Integration stärkt Köln!

Liebe GenossInnen, liebe Interessierte,

die Projektgruppe „Für ein interkulturelles Köln“ lädt in Zusammenarbeit mit der Fraktion Die Linke.Köln zur kommunalen Konferenz „Integration stärkt Köln!“ ein.

Wir wollen über unterschiedliche Facetten der Integrationspolitik in Köln diskutieren und gemeinsame Standpunkte entwickeln. Eingeladen sind Gäste aus Integrationsrat, Gewerkschaften, Migrantenverbänden, Flüchtlingsinitiativen, Forschungsstelle für interkulturelle Studien an der Uni Köln und Kommunalverwaltung.

Die Konferenz findet statt:

**am Freitag, 06. Juni 2008, 16:00 Uhr,  
im Büze Ehrenfeld, Venloer Str. 423.**

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, gemeinsam mit uns zu diskutieren und an der Entwicklung von konstruktiven Positionen mitzuwirken.

# Zum deutschen Ja zum Lissabonner Vertrag

Von Winfried Vahl, Ansprechpartner des neuen Arbeitskreises „Europa“

Der deutsche Bundestag hat dem sog. Lissabonner Vertrag oder EU-Reformvertrag am 24.04.08 mit 515 Stimmen zugestimmt, die 53 Abgeordneten der Linken und 5 weitere Abgeordnete votierten entschlossen dagegen. Die Zustimmung wird auch im Bundesrat am 23. Mai sicherlich nicht ausbleiben, so dass der Reformvertrag am 01. Januar 2009 in Kraft treten könnte, unter der Voraussetzung, dass alle 27 EU-Länder den Vertragsentwurf ratifizieren.

Nicht nur aus der Sicht der Linken ist diese Zustimmung im Verfahren in Un-Ordnung, entscheidender und fragwürdiger auf lange Sicht sind aber die inhaltlichen Bedenken gegen den „Reformvertrag“, der Europa und die Europäische Union (EU) in schwierige Fahrwasser führen wird – oder plastischer: Die europäischen Bürger befinden sich auf dem „Scheideweg“ und sind ohne richtige Wegmarken dazu verurteilt, ihre soziale Vision von Europa auszumachen und zu realisieren, um nicht in einer ausschließlich um den Markt zentrierten Gesellschaft zu landen, in der breite gesellschaftliche Schichten durch Exklusion und soziale Deprivation zu verarmen drohen.

### 1. Zum Verfahren und den „formellen“ Inhalten des Reformvertrages

Das ausschließlich parlamentarische Zustimmungsverfahren zu „Lissabon“ ist in Un-Ordnung, auch in Deutschland, denn natürlich hätte ein Referendum oder Volksentscheid zu dem Vertragsinhalt die Möglichkeit gegeben, einen zivilgesellschaftlichen Dialog und in erster Linie eine Grundinformation zu dem Vertragstext zu ermöglichen, der ca. 3.000 Seiten (!) umfasst.

Ein Antrag der Linksfraktion (6.12.07) hatte hier eine „konsolidierte Fassung“ des Vertrages zur Transparenz des Vertragswerks gefordert, war aber gescheitert.

In Deutschland gibt es aus historischen Gründen ein „Verdikt“ gegenüber Referenden. Es ist im Grundgesetz verankert und stellt sich als politisches Misstrauen gegenüber dem Bürger dar. Aufgrund der NS-Erfahrungen mag es zu Beginn der Bundesrepublik auch berechtigt gewesen sein. Aber Referenden oder Volksentscheide heute noch gegen die europäische Einigungsprojekte einzusetzen ist unredlich und kontraproduktiv. Volksbefragungen wären ein probates Mittel, eine öffentliche Meinung zu Europa „von unten“ zu ermöglichen, und einem europäischen Engagement dienlich, nicht zuletzt auch einem europäischen Wahlverhalten.

Die Zustimmungswerte zu Europa liegen im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten selten (bis nie) über 50%, und nimmt man die letzten Direktwahlen zu dem Europäischen Parlament (Wahlen 2004), so war das Votum der Wählerschaft trotz mehr (nämlich 25) Mitgliedstaaten mit 45,6 % Wahlbeteiligung geringer als zuvor.

### Das wenig bekannte Europa

Derzeit weiß der Bürger wenig über Europa, hält es sogar für irrelevant, verhält sich deshalb zum Teil „apolitisch“, in einigen Ländern auch „antieuropäisch“. Auf der Regierungsebene sind es natürlich in erster Linie die gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden des Jahres 2005 gewesen, die jetzt dazu Anlass geben, tendenziell eine „Europäische Union von oben“ zu installieren.

Der „Lissabonner Vertrag“ mag ein legaler Ausweg aller Regierungen aus dieser europäischen Verfassungskrise sein und ist in der Zeit der deutschen und portugiesischen Ratspräsidentschaft als „europäischer Kompromiss“ entstanden, ein Beweis für die Zustimmung der europäischen Bevölkerungen ist

er nicht, und es war durchaus unredlich, als Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 15.2.08 vor dem Bundesrat zu dem Vertrag von Lissabon seine Argumentation auch auf Frankreich bezog:

„Nun haben die Franzosen – nach Ungarn, Slowenien, Malta und Rumänien – dem neuen Vertrag zugestimmt. Und das symbolisiert für mich sehr augenfällig die Wende, den Neubeginn, den wir in der EU hinbekommen haben.“

Es waren aber nicht die Franzosen, sondern deren neuer Präsident, Nicolas Sarkozy, und seine Mehrheit, die eine neue Volksabstimmung verhindert haben – gegen breiten gesellschaftlichen Widerstand vor allem seitens der französischen Linken.

### Was ist der Lissabonner Vertrag?

Auf dem europäischen Gipfel am 13. Dezember 2007 in Lissabon wurde der Reformvertrag von allen Regierungschefs unterschrieben und soll bis zur Europa-Wahl im Juni 2009 von allen Mitgliedsstaaten verabschiedet werden. Bewusst wurde darauf verzichtet, die bisherigen Verträge durch einen Verfassungsvertrag zu ersetzen. Der Vertrag von Lissabon ist in die beiden Verträge von Rom und Maastricht eingearbeitet und wird bewusst ohne Volksabstimmung – außer in Nordirland – ggf. ratifiziert werden.

Erstmals enthält er aber ein „Opting-Out“, eine Austrittsregel, die möglicherweise überwiegend ablehnenden Ländern entgegenkommt, wie z. B. Großbritannien, dessen neuer Premierminister Gordon Brown das Vertragswerk mit „deutlicher Verzögerung“ unterschrieben hat.

Eine kritische Sicht nicht nur der Linken wird für die neuen Inhalte des Lissabonner Vertrages in aller Kürze herauszustellen haben, dass diese überwiegend für die „Spitze“ dieses „Europäischen Regierungssystems“, damit für seine „äußere Form“, gelten: Diese „neuen institutionellen Formen“ zu bewerten heißt für eine linke Sichtweise nicht, deren realen Stellenwert oder politisches Gewicht zu unterschätzen:

## Der AK „Europa“ hat sich gegründet!

Am 22. April wurde in Köln ein Arbeitskreis „Europa“ der Linken gegründet. Nicht nur der Gesamtpartei und der Linksfraktion auf Bundesebene oder den Europaabgeordneten, sondern auch den Parteimitgliedern vor Ort selbst obliegt es, z. B. in Köln die EU und ihre Politik kritisch zu beobachten und eigene europapapolitische Positionen und entsprechende Wegmarken zu entwickeln.

Dies ist die Aufgabe des Arbeitskreises, wobei die Beantwortung folgender Fragen reales europapolitisches Handeln für bestimmte kommunale Situationen fallbezogen auslösen soll:

- ⇒ Welche realpolitische Bedeutung hat die EU, und wie lässt sie sich verorten?
- ⇒ Wie gelingt es, die Besonderheit und Komplexität des EU-Systems und seiner Organe verständlich und transparent zu machen?
- ⇒ In welchen zentralen politischen Problemfeldern kann die EU aktiv werden, und wird sie dies auch, national wie auch international?
- ⇒ Gibt es Einflüsse von EU-Entscheidungen auf nationale, aber auch auf die kommunale Handlungsfähigkeit, z. B. in Köln, und in welchen Politikbereichen?
- ⇒ Mit welchen politischen europäischen Akteuren müssen wir Kontakt aufnehmen, innerhalb Kölns (z. B. europäische Vereine) und außerhalb Kölns (z. B. europäische Partnerstädte)?
- ⇒ Wie können wir eigene europäische Positionen der Linken gewinnen und wie sie wirksam verbreiten?
- ⇒ Und nicht zuletzt: Wie können wir die Bürger Köln als Wählerinnen und Wähler für unsere europäischen Positionen (Wahlprogramm) in den kommenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament (Juni 09) gewinnen?

Hinweis: Der AK „Europa“ wird voraussichtlich an einem Mittwoch Abend tagen und ist für jedes Parteimitglied offen! Mitarbeit und Engagement sind ausdrücklich gewünscht.

Telefonische Rückfragen bitte ans Parteibüro richten!

## Kontakt zum AK „Europa“

Winfried Vahl, E-Mail: wivahl@bk-opladen.de

Tobias Simon, E-Mail: tobi.simon@t-online.de

Renate Ruhnau, E-Mail: rruhnau@yahoo.de

### Zum europäischen Präsidenten

Art. 15 des Vertrages wird einen neuen Präsidenten des Europäischen Rates vorsehen, von dem Rat für 2 ½ Jahre mit qualifizierter Mehrheit gewählt, mit der Möglichkeit einmaliger Wiederwahl, der neben dem „Kommissionspräsidenten“ für die europäischen Bürger leichter als Person identifiziert werden kann und die europäische Diskussion bestimmen soll. Es wird zusätzlich einen „Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“ (Art Außenminister) geben, dem ein ei-

gener diplomatischer Dienst zugeordnet werden wird.

Die politischen Optionen des neuen Präsidenten sind derzeit noch offen. Wird er als Moderator zwischen strittigen europäischen Interessen fungieren, wird er Europas Präsident in der Welt werden oder erster „Bürgerpräsident“? Erste Namen werden gehandelt wie der des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Juncker.

Europa sucht eine neue (machtpolitische, ggf. militärische) Rolle in der Welt, hat mit Lissabon aber

noch keine „europäische Armee“ und keine „europäische Polizei“, wenn auch die bisherigen sicherheitspolitischen konkreten Handlungsansätze (z. B. im Kosovo, Soldaten mit EU-Emblem) indirekt gestärkt scheinen.

### Zur europäischen Regierung

Die „europäische Regierung“ – in Europa die Kommission – besteht derzeit aus 27 Kommissaren, einem aus jedem Mitgliedstaat, die von den Regierungen vorgeschlagen und von dem Europäischen Parlament bestätigt werden müssen. Der Lissabon-Vertrag sieht vor, nach der Europawahl 2014 die Zahl der Kommissare auf 18 zu verringern, wobei ein Rotationsverfahren die Gleichberechtigung aller Länder sicherstellen soll.

### Zum europäischen Parlament

Das Europäische Parlament soll durch den Lissabon-Vertrag von derzeit 783 Abgeordneten auf 750 Abgeordnete verkleinert werden. Deutschland werden dann 96 statt derzeit 99 Abgeordnete zustehen. Diese werden dann aber weiterhin ca. 850.000 Bürger „vertreten“, wohingegen ein Bundestagsabgeordneter im Schnitt nur ca. 270.000, ein Landtagsabgeordneter ca. 150.000 Bürger vertritt. In Europa braucht derzeit ein Abgeordneter aus Malta nur ca. 60.000 Malteser zu vertreten!

### Zur Reichweite europäischer Gesetze

Entscheidender ist die inhaltliche Reichweite der europäischen Gesetze, die in Europa „Verordnungen“ heißen. Schon jetzt kann gelten, dass ca. 80 % der deutschen Gesetze mehr oder weniger in Brüssel ihren Ursprung haben. Die Europäische Union bestimmt also in großem (und unbekanntem!) Ausmaß das Leben des europäischen Bürgers. Diese Gesetzesflut wird auch in ihrer Bedeutung für die Kommunen wachsen.

Das Gesetzgebungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit und parlamentarischer Mitentscheidung als Regelfall wird zunehmen, neue Sachpolitiken werden einbezogen,

z. B. selbst in der Landwirtschaft. Richtig ist, dass das selbständige Anhörungs-, Zitierr- und Fragerecht, damit das Initiativrecht des Europäischen Parlaments, gestärkt wird. Ein Parlament mit gleichen Rechten wie der Bundestag innerhalb eines parlamentarischen Regierungssystems wird es durch den Lissabonner Vertrag nicht. Das letzte Wort behalten die Einzelstaaten im Ministerrat: nach 2014 entscheiden sie nach der doppelten Mehrheit, die dann erreicht ist, wenn 55 % der Staaten zustimmen, die mindestens 65 % der EU-Bevölkerung vertreten.

Die europäischen Institutionen bleiben ein außergewöhnliches, die nationalen Grenzen übergreifendes internationales System, das durch die Osterweiterung für die europäischen Bürger noch komplexer und gewichtiger geworden ist, dabei sogar immer noch neue staatliche Mitglieder und kulturell andere Gesellschaften aufzunehmen verspricht.

### 2. Der Vertrag von Lissabon und die „reale“ Lage der EU

Der Vertrag von Lissabon ist inhaltlich eine weitgehende Übernahme des gescheiterten europäischen Verfassungsentwurfs von 2005, wobei die EU im Falle seiner Ratifizierung auf äußere staatliche Symbole wie Flagge und Hymne verzichtet. Dies muss nicht unbedingt eine Einbuße an europäischer „Identität“ bedeuten.

Es bleibt das Verdienst der EU, im Nachkriegseuropa für Jahrzehnte militärische Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedstaaten vermieden und den Ost-West Konflikt mit überwunden zu haben. Dies muss und sollte auch die Linke zugestehen. Die EU ist zumindest in ihren visionären Ansätzen eine europäische Wertegemeinschaft, in der „Grundrechte wie auch Sozialrechte“ formell gelten und durch den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg sowie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte des Europarats in Straßburg eingeklagt werden können (nicht in Großbritannien und Dänemark); im Europarat sind 47 Staaten Mitglied sind,

darunter auch Staaten wie z.B. Georgien und die Ukraine (nicht aber der Vatikan). Der Vertrag von Lissabon sieht für die europäischen Bürger ein Volksbegehren vor, mit dem sie bei 1 Mio. Unterschriften die EU-Kommission zu einer Gesetzgebung beauftragen können.

Schon allein aus historischen Gründen kann es sich auch und gerade für die europäische Linke nicht um ein radikales Nein zur EU handeln, wobei nicht verschwiegen werden soll, dass viele linke Organisationen dies tun, z.B. auf der letzten „europäischen Arbeiterkonferenz“ in Paris 2./3. Februar 2008 (Gastgeber: Parti des travailleurs, Vorsitzender: Daniel Gluckstein).

Für die praktische Politik gilt es eher, zwischen den positiven, negativen, möglicherweise auch den neutralen Aspekten des Vertrages zu unterscheiden. Entscheidend muss sein, ob sich heute und in der Zukunft die reale wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmer in dieser Gemeinschaft verbessert.

Bei dieser Leitperspektive sind indessen gegenwärtig die größten Fragezeichen und Vorbehalte zu setzen!

### EU als Wirtschaftsgemeinschaft ...

Die EU war, ist und bleibt auch durch den Lissabonner Vertrag in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft und droht zunehmend in eine „radikale Marktgesellschaft“ gemäß neoliberaler Doktrin zu entarten. Sie ist zudem eine „Währungsunion“, in der gegenwärtig 15 Mitgliedstaaten den Euro als gemeinsame Währung haben (sog. Eurozone). Andere werden dann folgen, wenn Brüssel gemäß einem Zeitplan bestimmte Stabilitätskriterien als erfüllt sieht. Der Euro hat Vorteile für den Konsumenten, mehr indessen für die Produzenten.

In dem riesigen Wirtschaftsraum von 400 Mio. Marktteilnehmern drohen die vier vertraglichen „Freiheiten“ im „Personen-, Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr“ in eine ausschließliche Freihandelszone für den kapitalistischen Unternehmer zu münden. Vor allem die „Freizügigkeit“ des Arbeitneh-

mers wird europaweit real in einem Standort- und Systemwettbewerb für ein Lohn- und Sozialdumping genutzt.

Nicht zuletzt der finnische Konzern Nokia und die vorgenommene Standortschließung in Bochum und -verlagerung nach Rumänien sind derzeit ein Lehrbeispiel unter vielen; vor allem große internationale Unternehmen nutzen den europäischen Binnenmarkt unverblümt und zielgerichtet für eine Maximierung ihrer Gewinne.

Die Schere zwischen Armut und Reichtum nimmt nach allen Untersuchungen (in national unterschiedlichem Ausmaß) durch unternehmerische Entgrenzungsstrategien (Standort- und Kapitalverlagerungen) europaweit zu, nationale Schutzstandards verlieren ihre Geltung oder drohen zu zerbrechen.

Momentan gelingt es vor allem nicht, durch Lohnerhöhungen in den jeweiligen Tarifsystemen Armut vorzubeugen. Soziale Schutzsysteme werden ausschließlich als Kosten und Wachstumshemmnisse gesehen, die Zahl der „*working poor*“ nimmt zu, neue Risiken entstehen, z. B. Kinderarmut, und in den westeuropäischen Mitgliedstaaten überwunden geglaubte soziale Problemlagen kehren zurück, z. B. die Altersarmut.

Gemessen an der Armutsschwelle (60% des sog. Medianeinkommens) waren 2003 16 % der EU-Bevölkerung arm; dies entsprach 72 Mio. Personen (vgl. WSI-Mitteilungen 3/2008, S. 121).

Hierfür ist ursächlich auch die Europäische Union verantwortlich, die nach wie vor eher eine Wirtschaftsunion darstellt, die Ausgestaltung der Lohn-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik obliegt vertragsgemäß nur den Einzelstaaten (Grundsatz der Subsidiarität). Aber auch hier gilt es für eine Linke, eine detaillierte Analyse vorzunehmen.

Die Bekämpfung von Armut ist – wenn auch formell – durchaus ein Ziel der EU. Sie hat in ihrer heutigen Form ihre Grundlage im Vertrag von Amsterdam (Art. 136 und 137). Seit März 2000 soll die „*Methode der offenen Koordinierung*“ (MOK) im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung Anwendung finden. Elemente dieses Ansatzes sind die Festlegung gemeinsamer Ziele für die EU als Ganzes, die Ausarbeitung geeigneter nationaler Aktionspläne sowie die regelmäßige Berichterstattung über die soziale Lage in Form sozialer Lageindikatoren.

Seit 2006 wird eine „integrierte MOK“ angestrebt, und die Bereiche soziale Eingliederung, Renten, Gesundheit, Beschäftigung in allen Mitgliedstaaten werden untersucht, wenn auch die Zielsetzungen dieser Recherchen und Aktionen in den Zusammenhang der „Lissabon-Strategie“ einzuordnen sind, also der auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbarten Zielsetzung, die EU bis zum Jahre 2010 zu einer führenden Wirtschaftsmacht zu formen.

### ... oder doch EU als Sozialunion?

Kann und muss es nicht durch politischen Kampf gerade seitens der europäischen Linken gelingen, die EU von einer primären Wirtschaftsunion in Richtung einer „*europäischen Sozial- und Beschäftigungsunion*“ (um-) zu leiten, wo Mindestlöhne und soziale Mindeststandards Geltung beanspruchen und die durch die Einigung Europas erzielbaren Wohlfahrtsvorteile allen Europäern zugute kommen.

Dieser „*Traum der Linken*“ sollte durch europäische Politik eine Chance bekommen, auch und trotz des Vertrages von Lissabon. Er kann nur Wirklichkeit werden, wenn gerade auch die Linke hierzu die Wegmarken für dieses neue und andere Europa setzt.

Dabei muss auch sie sich klar werden, ob eher eine Vertiefung und/oder eine Erweiterung der EU das Ziel sein kann. Auch geht es um die „*Grenzen*“ dieser sozialen europäischen Union.

*Europa - was wird aus dir ...?*



# Ein Kulturabend in Köln: Kultur macht Kultur

Von Sengül Senol,  
Sprecherin des Arbeitskreises „Kunst, Kultur und Medien“ in der LINKEN Köln

Es ist die erste Veranstaltung des Arbeitskreises „Kunst, Kultur und Medien“ der Partei DIE LINKE in Köln. Der Saal in Deutz füllt sich langsam. Eine Frau mit zwei gewöhnlichen Taschen erscheint an der Tür, als ob sie zum Bazar geht. Wir alle werden herzlich begrüßt. Und auch Musiker und Sängerin, die gerade die letzten Proben durchführen, werden von Luc Jochimsen, Kultursprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, persönlich begrüßt.

„Ich muss Kaffee trinken“, sagt sie. Wir gehen hinunter, aber sie will vor der Veranstaltung noch kurz frische Luft atmen. Sie kommt direkt aus Berlin. Darum nutze ich die Gelegenheit, mit ihr zum Rheinufer zu schlendern. Das Panaroma von Köln fasziniert sie. Der Kaffee ist bei der Rückkehr fertig, ich werde eingeladen, als sei ich ihr Gast und nicht ihr Gastgeber.

*Musikalische Einstimmung zum Beginn der Veranstaltung des Arbeitskreises „Kunst, Kultur und Medien“*



Oben füllt sich inzwischen der Saal. Unter anderem ist auch Annette Mühlberg gekommen, die Kulturreferentin der Bundesfraktion. Beide Referentinnen haben einen Dokortitel, wollen aber nicht, dass dies in der anschließenden Diskussion erwähnt wird.

## Vom musikalischen Auftakt ...

Die Gäste haben ihre Plätze eingenommen, die Veranstaltung kann anfangen. Der Profimusiker Hidir spielt auf seiner Saz anatolische Volkslieder. Mit der Gitarre hat er bereits an der Universität zu Köln viele alevitische und andere Volkslieder neu interpretiert, erzählt er.

Die Sängerin Sengül singt Klagelieder. Ihr Sohn umarmt seine Mutter, das Lied handelt von ihr. „Diese Musik ist nicht nur eine Kultur aus Anatolien und Mesopotamien; sie ist auch ein Bestandteil unseres neuen Heimatlandes – Deutschland“, sagt Hidir.

## ... zur Frage der kulturellen Vielfalt

„Die kulturelle Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland kommt zu kurz, ihre Unterstützung ist nicht ausreichend, wir tun uns schwer mit ihr. Es gibt eine Kultur der Mächtigen und eine Kultur der Ohnmächtigen hier im Lande“, sagt Luc Jochimsen. Sie verweist auf die Südländer, wie gelassen sie mit vielen anderen Kulturen umgehen.

Annette Mühlberg ergänzt, dass nicht nur für die Vielfalt an Kulturen, sondern auch allgemein für Kultur in der Politik wenig Raum sei. „Wir versuchen uns Kultur näher zuzuwenden“.

## Vom Kulturbegriff ...

Ich frage Luc Jochimsen, was Kultur für sie ist. Sie sagt, „Kultur ist alles, was man wahrnimmt.“ Ohne Kultur gingen wir kaputt. Kultur sei die Nahrung einer Nation, wie Shakespeare es gesagt und Erich Fried es uns übersetzt habe. Demokratie könne nur funktionieren, wenn die Kultur des Zusammenlebens in einer Gesellschaft erlebt wird.

Eine gute Übergangsfrage für Annette Mühlberg. „Was hat sie in Köln als Kultur wahrgenommen?“ Als Ostdeutsche sei sie zum ersten Mal hierhin gekommen. Für sie sei es eine historische Reise; eine ihrer Großeltern komme aus Köln. Unsere Stadt hat der Kulturwissenschaftlerin sehr gut gefallen. Die Bestätigung der Kulturstadt Köln gefällt den Zuhörern.

„Kultur verwirklicht sich in den Sprachen, Verhaltenweisen, Normen und Lebensformen, aber auch in den menschlichen Artefakten wie etwa Handwerk, Kunst, Technik“, so Annette Mühlberg.

Sie weist auf die Gefahren der Globalisierung hin, welche die Kultur homogenisieren kann. Es müs-



Luc Jochimsen, Kultursprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, genießt die frische Luft am Rheinufer

sen nach ihrer Ansicht mehr die kreativen Potentiale der gegenwärtigen Informations- und Kommunikationstechnologien dafür genutzt werden, dass die Vielfalt der Kulturen und Sprachen als Bedingung individueller und gesellschaftlicher Entwicklungen für Gegenwart und Zukunft bewahrt und befördert werden. Auch die „Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft“ sei zu beachten, ergänzt Luc Jochimsen.

#### ... zum Bericht der Enquete-Kommission

Im Dezember 2007 legte die Enquete-Kommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“ ihren Schlussbericht vor, darin gibt es 400 Handlungsempfehlungen. Der Deutsche Bundestag debattierte diesen Bericht. Darin wird „Kultur als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe“ bezeichnet. „Wie macht sich das in unseren Schulen bemerkbar?“, frage ich.

Beide verweisen auf den Bericht der Enquete-Kommission. Darin wird auf die Defizite in den Schulen hingewiesen, und es wird kulturelle Bildung gefordert. „Eine reiche Gesellschaft muss Kultur und Bildung

gerecht finanzieren“, betonen beide Referentinnen. In den programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE ist hierzu zu lesen:

„Wissenschaft und Kultur sind ein demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet. Dazu gehören:

– *Bildung von Anfang an: Jedes Kind muss das Recht auf eine gebührenfreie ganztägige Betreuung in Kindertagesstätten haben. Die öffentlich getragene vorschulische Bildung muss aufgewertet werden.*

– *breite außerschulische Bildungsangebote: Das bezieht sich vor allem auf umfangreiche Angebote der öffentlich getragenen Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Kinder- und Jugendklubs sowie Sportstätten.“*

#### Für höhere Bildungsausgaben!

Im föderalen System der Bundesrepublik ist Kultur Ländersache. Hinzu kommen alle Probleme, die aus der Finanzausstattung der Kommunen resultieren. In der Entwicklung der Landesaufgaben für Kultur ist in den letzten Jahren ein Rückgang festzustellen. Hier bedarf es einer Erhöhung der Bildungsausgaben.

Neben der öffentlichen Förderung der Kultur gilt es, ihre wirt-

schaftlichen Potentiale zu entwickeln. Kultur gehört zu den wertvollen Ressourcen und ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

„Aus der Verantwortung kann sich die Politik nicht zurück ziehen“, sagt Luc Jochimsen und verweist auf ihre Reden im Parlament. Dadurch können viele Arbeitsplätze entstehen.

#### Zur sozialen Lage von KünstlerInnen

Aber wie ist es mit der sozialen und mit der Wirtschaftslage der Künstler und Künstlerinnen im Lande?

Klaus Meltzer, eine der beiden Sprecher des Arbeitskreises „Kunst, Kultur, Medien“, schildert, in welchen Schwierigkeiten die „Entwickler der Künste und Kultur“ stecken. Viele, zum größten Teil Frauen, leben an der Armutsgrenze. „Wenn die Kultur und die Kunstentwickler arm dran sind, wie soll es dann weiter gehen?“

In diesem Kontext weisen beide Referentinnen noch mal auf die o.a. Handlungsempfehlungen hin: „Man muss Kultur als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe verstehen und fördern.“

Dies ist gesetzlich verankert: „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“ Das Setzen auf die gemeinsame und vielfältige Kultur ist also angesagt.

Lasst uns als Kölner LINKE dafür eintreten, diese Kultur zu schützen, zu fördern und zukunftsfähig zu machen.

**Das Thema „Kultur“ in den „Programmatischen Eckpunkten“**

<http://die-linke.de/index.php?id=386>

# Für ein Grundrecht auf gutes Wohnen!

Von Gerhard Miltzer

Ein Recht auf gutes Wohnen ist unabdingbare Voraussetzung für eine menschenwürdige, die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichende Existenz.

Gutes Wohnen gewährleistet Schutz vor negativen Umweltimmissionen (Kälte, Lärm), Schutz vor staatlichen Eingriffen (Wohnungs-

durchsuchungen, Abhören der Bewohner), Schutz vor Ausbeutung durch Vermieter (kontinuierliche Mieterhöhungen), Schutz vor sozialer Isolierung („Ghettobildung“).

## Kein Grundrecht

Wer allerdings im Grundgesetz (GG) nach einem Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger auf eine eigene, gute Wohnung sucht, tut dies vergeblich: Es gibt kein solches Recht! Zwar ist auch der Mietbesitz verfassungsrechtlich geschützt – aber das Grundrecht des Wohnungseigentümers an seiner Wohnung ist im Konfliktfall doch vorrangig.

Einmal mehr zeigt sich, dass bei der Verabschiedung des GG und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948/49 keine Sozialrechtsverfassung geschaffen wurde. Die Mehrheit des Parlamentarischen Rates konnte sich lediglich auf die vage Formulierung eines Staatsziels einigen, wonach unser Staat ein „sozialer“ sein soll (vgl. Art. 20 I GG).

Die Bundesrepublik Deutschland ist also als klassisch liberaler Staat gegründet worden, und die Folgen dieser Festlegung bekommen die Menschen nach dem Wegfall des Systemwettbewerbs mit aller Deutlichkeit zu spüren – auch in der Wohnungspolitik.

Konsequenterweise hat denn auch die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken im Jahre 2007 geantwortet, sie sehe „keinen Bedarf für ein spezielles

Grundrecht auf Wohnen“, der Gesetzgeber werde seiner sozialpolitischen Verantwortung bereits durch „die Unterbringung Obdachloser auf Grund polizei- und ordnungsrechtlicher Vorschriften, die Absicherung der Mietkosten durch Wohngeld und Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung durch die zuständigen Sozialleistungsträger“ gerecht. (Drucksache 16/5214).

Davon kann aus Sicht der Linken keine Rede sein! Denn Mieterinnen und Mieter haben mit zahlreichen, oft existenziellen Problemen zu kämpfen. Wir brauchen ein Grundrecht auf gutes Wohnen!

## Deutliche Begrenzung von Mieterhöhungen!

Eines der größten Probleme ist die Miethöhe, gerade auch in einer Stadt wie Köln: Eine Mischung aus starker Nachfrage nach Wohnungen, deutlichem Rückgang beim Bau von Sozialwohnungen und steigenden Energiekosten einerseits und Ausweitung von Niedriglöhnen andererseits hat dazu geführt, dass die Mieten hoch sind und die Ausgaben der Privathaushalte für die Miete oftmals zwischen 30% bis 60% der Haushaltseinkommen ausmachen.

Wer so viel Geld für eine Wohnung ausgeben muss, wird nicht nur genötigt, seine Ausgaben in anderen Lebensbereichen (Ernährung, Kultur, Freizeit) stark einzuschränken, sondern fragt sich oft ängstlich, ob das Zuhause überhaupt langfristig zu halten ist. Es stellt sich somit die Frage, welche Änderungen möglich sind, um einen starken Anstieg der Mietkosten (gemeint ist hier die sog. Kaltmiete) langfristig zu begrenzen.

Die primäre Antwort lautet: staatliche Preisregulierung. Es ist für Linke selbstverständlich, dass Preisbildung nicht den „Kräften des Marktes“ überlassen werden darf. Wohin dies führt, haben die Menschen in unserem Land etwa auf dem Arbeitsmarkt (Stichwort „Niedriglöhne“) zur Genüge erfahren müssen.

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindes-

**WOHNEN OHNE NOT**

Münchner Mieten liegen 61% über dem Bundesdurchschnitt, während an bezahlbaren Wohnungen Mangel herrscht. Weniger Menschen haben Anspruch auf eine Sozialwohnung, weil die Einkommensgrenzen seit zehn Jahren nicht erhöht wurden. Der Bestand an Sozialwohnungen ist auf 51.000 geschrumpft und reicht nicht einmal für die Anspruchsberechtigten.

Stopp den Horrormieten – München braucht eine soziale Wohnungspolitik!

SOZIALE GERECHTIGKEIT  
WURDE ECHT  
BEI DER  
LINKEN

**DIE LINKE.**

Wohnungsnot in einer wachsenden Großstadt: das Beispiel München und die Antwort der LINKEN

# Olympia ade

## Vom Umgang mit China

Von Thorsten Poremba

Hat Sport etwas mit Politik zu tun? Manchmal schon. In diesem Fall ganz besonders. Es wird von einem Land als Ehre empfunden, wenn ihm die Ausrichtung der Olympischen Spiele an die Hand gegeben wird. Aber Ehre nur, wem Ehre gebührt. Soll man die Olympischen Feierlichkeiten in einem Land unterstützen, das Panzer gegen Demonstranten auffährt und diese Menschen anschließend gar in großer Zahl erschießt? Diese Frage kann sich wohl jeder von uns vor seinem Gewissen in einer Millisekunde beantworten ...

Die Bilanz der tragischen Vorfälle greift noch weiter. Die chinesische Staatsführung ist vom Ausland im Hinblick auf ihre Mentalität, was Humanitäres angeht, viel zu positiv dargestellt worden. Dazu passen auch die Tatsache, dass Staatskritiker von Folter und Gefängnis bedroht sind, das Fehlen von Pressefreiheit und dass der Staat Kritik aus dem Ausland an seinem Vorgehen als „schändlich“ abqualifiziert.

### China: nichts dazu gelernt

Schändlich ist eher, dass die Chinesen seit 1959 nichts dazugelernt haben, wo bereits tibetischer Widerstand blutig niedergeschlagen worden war. Es scheint erforderlich, einen weitreichenden Boykott, auch Handelsbeschränkungen gegen den chinesischen Staat zu richten, damit der politischen Führung wenigstens emotionaler Schmerz zugefügt werden kann an der wahrscheinlich einzigen Stelle, an der sie schmerzempfindlich ist, nämlich am staatlichen Geldbeutel.

Wenn Chinas Regierende nicht aus Gewissensgründen vom Mord an Demonstranten zurückschrecken, so sollen sie in der Zukunft dann Gewaltverzicht üben, aus Angst vor wirtschaftlichen Folgen für Ihr Land. Meine persönliche Einflussmöglichkeit ist bescheiden, aber konsequent. Mein TV-Gerät bleibt während der Spiele stumm.

tens „8+ Euro“ ist die richtige und nicht verhandelbare politische Forderung auf diese Entwicklung. Entsprechend benötigen auch Mieterinnen und Mieter einen gesetzlichen Schutz vor ständig steigenden Mieten.

Allerdings bietet das bereits geltende, einfache Mietrecht interessanterweise eine wirkungsvolle Möglichkeit der Preisregulierung, nämlich über die sog. „Kappungsgrenze“. Hiernach darf die Kaltmiete innerhalb von drei Jahren um nicht mehr als 20% erhöht werden. An dieser Stelle kann die wichtige Feststellung getroffen werden, dass der Gesetzgeber grundsätzlich erkannt hat, dass in dem existenziellen Lebensbereich des Wohnens eine Preisregulierung erforderlich ist.

Bleibt noch die Frage, wie stark die Regulierung auszufallen hat. Es haftet solchen Festlegungen oft etwas Willkürliches an. Weshalb aber soll ein Vermieter das Recht haben, die Miete (umgerechnet) jährlich um immerhin 6,67% erhöhen zu dürfen? Schon eine Reduzierung der Kappungsgrenze auf 15% würde langfristig betrachtet den Mieterinnen und Mietern eine deutliche finanzielle Entlastung bringen.

Der Charme dieses Weges besteht zudem darin, dass die gesetzgeberische Reduzierung der Kappungsgrenze für den Staat unmittelbar kostenneutral ist. Es bleibt also für weitere wohnungspolitische Maßnahmen wie dem notwendigen Neubau von Wohnungen noch jeder Handlungsspielraum.

### Ausnahme Eigenbedarfskündigung

Ein weiteres Mieterproblem ist die sog. Eigenbedarfskündigung. Der Vermieter darf in diesem Fall kündigen, dem Mieter das Zuhause wegnehmen und ihn aus seinem sozialen Umfeld reißen.

Gäbe es ein Grundrecht auf gutes Wohnen, ließe sich das Recht der Eigenbedarfskündigung angemessen einschränken. Denn dass ein Eigentümer z. B. einer Familie kündigen darf, wenn er deren Wohnung für sich selbst wirklich benötigt, erscheint nachvollziehbar.

Dass er auch kündigen darf, wenn sein Kind in die Wohnung einziehen will, dagegen nicht. Denn nur er persönlich, nicht das Kind genießt ja das Eigentumsrecht. Könnte sich die gekündigte Familie auf ein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf gutes Wohnen berufen, wäre eine solche Eigenbedarfskündigung rechtswidrig.

### Gesetzliche Neuregelung der Mietfälligkeit

Das geltende Mietrecht weist noch zahlreiche weitere, unsoziale Schwachstellen auf, die der Reform bedürfen. Abschließend sei nur noch auf eine, scheinbar marginale, für die Betroffenen aber gravierende negative Entwicklung hingewiesen, die darin besteht, dass immer mehr Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber den Lohn nicht mehr zum Monatsende, sondern erst zum 10. oder 15. des Folgemonats zahlen. Die Miete ist jedoch nach § 556b I BGB spätestens am dritten Werktag des Monats fällig.

Gerade Mieterinnen und Mieter, die im Niedriglohnbereich arbeiten und kein Geld ansparen können, geraten deswegen in die Lage, die Miete nicht pünktlich zu zahlen, und verstoßen damit gegen ihre mietrechtlichen Verpflichtungen – mit Folgen: Der Vermieter ist zur Kündigung berechtigt.

Hier könnte durch eine banale Änderung der Gesetzeslage eine Entlastung für Mieterinnen und Mieter geschaffen werden. Hierzu noch ein rechtshistorischer Seitenblick: Nach § 102 des Zivilgesetzbuches der DDR brauchte die Miete erst zum 15. gezahlt zu werden.

Es erscheint geboten, neben den wichtigen Politikfeldern der Arbeit, der Rente und der Gesundheit auch das des Wohnens in den Fokus zu nehmen, wie das der Kreisverband Köln bereits mit seiner Veranstaltung vom 09.02.2008 („Für eine soziale und ökologische Wohnungspolitik“) unternommen hat.

Wir bleiben also am Thema!

# Demokratie und Freiheit!

Von Timothy Maywood

„Europäische Jugend auf den Gleisen der Demokratie und der Freiheit“: Unter diesem Motto trafen sich vom 10.04. bis 14.04.2008 mehrere Hundert junger Antifaschistinnen und Antifaschisten zu den Feierlichkeiten des 63. Jahrestages der Selbstbefreiung von Buchenwald. Aufgerufen dazu hatten das belgische „Institut des Vétérans“ und die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten“.

Anlass dieser internationalen Jugendbegegnung war der 60. Jahrestag der universellen Erklärung der Menschenrechte, die durch die UNO 1948 angenommen wurde. Im Konzentrationslager Buchenwald kamen durch die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus etwa 55.000 Menschen ums Leben. 21.400 konnten gerettet werden durch die Selbstbefreiung am 11.04.1945, bevor das Lager an die US-Truppen übergeben wurde.

Zwar findet sich häufig in der bürgerlichen Geschichtsschreibung die These, dass das Lager durch die US-Truppen befreit wurde, aber an der Selbstbefreiung besteht kein Zweifel. Im US-Militärarchiv findet sich schwarz auf weiß das Dokument der US-Armee. Es besagt eindeutig, dass das Lager beim Eintreffen der

US-Truppen in der Hand eines internationalen Komitees war.

## Singulärer Nationalsozialismus

Die offiziellen Feierlichkeiten am 11.04. eröffnete Prof. Dr. Volkhard Knigge, Leiter der Gedenkstätte. Aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht wurde besonders der jüdischen Insassen und der Sinti und Roma gedacht. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, erteilte jeder Relativierung und Totalitarismustheorie eine klare Absage. Für ihn bleibt der Genozid des Nationalsozialismus singulär.

Großer Andrang herrschte bei einer Diskussion mit Thomas Wilms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA. GenossInnen aus Dänemark, Kroatien, Portugal und Spanien tauschten sich mit den deutschen Jugendlichen über ihre Erfahrungen der „No NPDI“-Kampagne aus.

Ein Höhepunkt des Jugendtreffens war am Samstag der Gedenkgang von Weimar nach Buchenwald, an dem aus NRW Jugendliche der Falken, der linksjugend [‘solid] und der Naturfreunde teilnahmen. Symbolisch wurde von Überlebenden Buchenwalds der „Staffelstab der Erinnerung“ an eine junge Antifaschistin übergeben.

Der Aktionstag wurde u.a. von DKP, FDJ, LINKE, linksjugend [‘solid] sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung getragen. Anklang fanden besonders die Zeitzeugengespräche, in denen über Jugendwiderstand gegen die Nazis vor Ort berichtet wurde. Darüber hinaus gab es eine Diskussionsrunde mit Gabi Zimmer, MdEP der LINKEN, und Roland Hahnemann, MdL der LINKEN, über den parlamentarischen Umgang mit Rechtsextremisten. Die LINKE Jugend Gotha informierte über die weltweiten Einsätze der Bundeswehr und die FDJ über die Militarisierung nach innen.

Am Sonntag wurde vor Überlebenden anlässlich des 70. Jahrestages der Annexionen besonders der Schicksale der österreichischen und tschechoslowakischen Insassen gedacht. Dort waren auch GenossInnen der LINKEN anwesend, unter anderem Petra Pau.

## Den Schwur erneuern!

Es wurden Reden gehalten vom belgischen Minister der Verteidigung Pieter de Crem und dem Präsidenten der FIR, Michael Vanderborght. Höhepunkt des Treffens war dann die Erneuerung des Schwurs von Buchenwald durch Jugendliche im Beisein ehemaliger Häftlinge. Am 19.04.1945 schworen sie: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

### Der LINKE OV Schäl Sick ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im BZ Buchforst, Eulerstraße 11, 19:00 Uhr, Kontakt: Martin Zorn, Tel.: 0221 62 56 71.

### Der LINKE OV Ehrenfeld ...

trifft sich jeden 2. Montag im Monat im BüZe Ehrenfeld, Venloer Straße 423, 19:30 Uhr, Kontakt: Ulli Klinger, Tel.: 0221 530 46 58.

### Der LINKE OV Innenstadt/Rodenkirchen ...

trifft sich einmal im Monat an unterschiedlichen Terminen im DIDF-Büro, Mechtildisstr. 7, 19:30 Uhr, Kontakt: Markus Lauber, Tel.: 0175 405 94 91.

### Der LINKE OV Nord ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat abwechselnd im Altenberger Hof (10. Juni), Mauenh. Str. 92, oder im Bezirksrathaus Chorweiler, Pariser Platz 1, 19:00 Uhr, Kontakt: Cindy Kolter, Tel.: 0173 823 79 15.

### Der LINKE OV Lindenthal ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im ASB Köln, Sülzburgstraße 146, 19:30 Uhr, Kontakt: Angelika Link Wilden, Tel.: 0172 602 98 43.

### Der LINKE OV Porz ...

trifft sich einmal im Monat an unterschiedlichen Terminen und unterschiedlichen Orten in Porz um 19:00 Uhr, Kontakt: Wolfgang Lindweiler, Tel.: 0177 434 91 52.

### Die LINKE Frauengruppe LISA ...

trifft sich das nächste Mal am 03.05.2008 im LINKEN Parteibüro, Metzger Str. 24, 10:00-14:00 Uhr, Kontakt: Claudia Borchard, Elke Hoheisel-Adejolu, Tel.: 0177 524 36 04.

### Die Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS ...

trifft sich jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Raum C, Studiobühne, Universitätsstr. 16, 20:00 Uhr, Kontakt: Dominik Düber, Tel.: 0160 181 35 81.